



Rückblick 2016 und Gedanken zum Ausblick 2017

23.12.2016

Während ich diese Zeilen zum Jahreswechsel schreibe, trauern wir in Deutschland um die vielen Toten und Verletzten bei dem schweren Terror-Anschlag auf dem Weihnachtsmarkt im Herzen Berlins – ein schrecklicher Anschlag, der seit vielen Jahren realistisch war, denn seit langer Zeit ist Deutschland mitten in Europa im Fadenkreuz der Terroristen – und nicht nur Frankreich und Belgien. Alle wissen: die Anschlagsgefahr wird 2017 bei uns eher noch zunehmen, denn es ist das Ziel der Terroristen, unsere stabile Demokratie mit unserem freiheitlichen Lebensgefühl ins Wanken zu bringen, extreme, ausländischer- und europafeindliche Kräfte zu stärken – sie wollen die Demokratie und sie wollen Europa schwächen, und dafür ist – in ihrer Logik – kein Jahr geeigneter als das einer Bundestagswahl. Ja, diese Vorstellung ist beklemmend. Aber wir haben mit der Großen Koalition seit 2014 sehr viel in die Stärkung der inneren Sicherheit investiert – 7.000 neue Stellen bei der Bundespolizei, deutlich über 1.000 neue Stellen im Bundeskriminalamt und bei Verfassungsschutz und den Geheimdiensten, auch Schleswig-Holstein bildet hunderte zusätzlicher Landespolizisten aus... die Politik sorgt vor. Und dennoch wissen alle: hundertprozentige Sicherheit kann und wird es in einer Demokratie, in einem Land, wo die Menschen frei ihr Leben gestalten, niemals geben. Ich bin froh, wie besonnen die Berliner – trotz aller Trauer, Betroffenheit und Anteilnahme – auf diesen Anschlag reagieren.

2016 war auch das Jahr des Versagens des Sicherheitsrates und der UN angesichts des Dramas, das sich quasi vor unseren Augen in Syrien abspielt. Durch die Blockade, maßgeblich Russlands, ist die Weltgemeinschaft handlungsunfähig. Hilflos sehen wir die Bombardierungen von Krankenhäusern und Zivilisten in Aleppo im Fernsehen - und wenn diese Kriegsflüchtlinge jetzt nach der Übernahme durch Assads Regime kommen? Mit den Kindern? Werden wir in Deutschland 2017 noch eine freundliche, humane Willkommenskultur erleben wie wir sie 2015 und auch 2016 – auch bei uns im Norden – überall spürten? Oder ist der giftige Pfeil der Abgrenzung, der Abwehr, der Intoleranz, wie ihn AfD und leider auch die CSU zunehmend predigen, schon tief in der deutschen Bevölkerung verankert? Ich kann und will das nicht glauben. Aber dass die Stimmung NICHT kippt, das ist unsere gemeinsame Verantwortung und 2017 wird es sich zeigen, ob uns das gelingt.

2016 war auch das Jahr, in dem mit der Türkei ein NATO-Verbündeter- viele Jahre auf dem Weg nach Europa – sich unter Erdogan von der Demokratie, von der Presse-, Meinungs- und Demonstrationenfreiheit verabschiedet und durch Massenverhaftungen – selbst von Mitgliedern des Parlamentes – quasi eine „Säuberungsaktion“ diktatorischen Ausmaßes knallhart durchsetzte. Die Türkei liegt direkt „vor der Haustür“ Europas, sie grenzt an alle Konfliktstaaten des Nahen Ostens – diese Eskalation in der Türkei geht uns darum unmittelbar an. 2017 wird dieser Konflikt weiter zunehmen und natürlich betrifft er auch die vielen türkisch-stämmigen Deutschen in unserem Land, die Erdogan emotional „aufzuputschen“ versucht. Wir sind uns in der Politik in Berlin einig: wir werden nicht zulassen, dass externe Konflikte in unserem Land ausgetragen werden.

2016 war auch das Jahr, in dem es in Deutschland mehr Brandanschläge auf Flüchtlingsheime, mehr Gewalttaten gegenüber Migranten gab als je zuvor und die AfD in fünf Landtagswahlen in alle fünf Länderparlamente einzog – mit hohen zweistelligen Wahlergebnissen. Bürgermeister, die sich für Flüchtlinge in ihren Orten einsetzten, wurden mit ihren Familien mit Morddrohungen drangsaliert, zusammengeschlagen – auch in Schleswig-Holstein (!) – und traten teils entmutigt und verängstigt von ihren Ämtern zurück – diese Vorfälle zeigen schlaglichtartig die hässliche Fratze brauner Propaganda und krimineller Gewaltbereitschaft. Gerade das Internet mit manipulativen Falschinformationen und



die Sozialen Netzwerke scheinen viele Menschen zu radikalisieren. Wir nehmen eine Enthemmung und Verrohung schon in der Wortwahl vieler „Kommentare“ wahr, von denen der Schritt zu fanatisierter Gewalt nicht mehr weit zu sein scheint – eine Entwicklung, die unserer Demokratie im innersten schadet und die wir auf keinen Fall „auf die leichte Schulter“ nehmen dürfen.

Und 2016 war auch das Jahr, in dem eine populistische Führungsclique in Großbritannien mit Lügen und geistiger Brandstiftung das knappe Brexit-Votum der Briten herbeiführte, das gewiss nicht zum Vorteil der „kleinen Leute“ auf beiden Seiten des Ärmelkanals sein wird. Die jungen Leute haben ganz überwiegend mit JA für Europa gestimmt – aber gegen die (alten) Populisten haben sie verloren, obwohl es doch eigentlich um IHRE Zukunft geht. Bitter. Der Brexit gab uns einen Vorgeschmack darauf, welche „Nagelprobe“ 2017 auf Europa wartet, denn die Nationalisten und Populisten sind allesamt Europafeinde und wollen einen Kontinent der Grenzzäune zurück: wenn Marine Le Pen im Mai 2017 als Präsidentschaftskandidatin in Frankreich antritt, entscheiden die Franzosen maßgeblich über die Zukunft Europas.

Beim US-Wahlkampf ging es dann 2016 noch viel populistischer und schmutziger zu, als wir es uns in Deutschland hätten vorstellen können – Fakten spielten bei Trump keine Rolle, Lügen und persönliche Angriffe bestimmten die Szene. Nun wird Ende Januar 2017 ein US-Präsident ins Amt kommen, der mächtiger sein wird als alle Vorgänger, weil er in Senat und Kongress über breite republikanische Mehrheiten verfügt und „durchregieren“ kann. Er wird den Supreme Court „linientreu“ besetzen und scharf um sich eine Ministerriege – allen voran Milliardäre mit keiner Erfahrung in der Politik -, die Geschäftsleute mit starken Eigeninteressen sind und Verantwortung im Gemeinwesen, für Bildung, Sozialsysteme, Umweltschutz und Friedenssicherung nie getragen haben. Welche außenpolitischen und diplomatischen Fähigkeiten sollen wir da erwarten? 2017 wird es zeigen. Ja, die Welt scheint 2016 weiter „aus den Fugen“ geraten zu sein.

In einem merkwürdigen Kontrast zur politischen „Großwetterlage“ steht mein **mein persönlicher Rückblick auf das Jahr 2016 im Bundestag**: nach 14 Jahren als Mitglied im Bundestag und im Haushaltsausschuss erreichte ich 2016 viele Erfolge, die mir für Ostholstein und die Menschen sehr am Herzen lagen. Das Jahr fing gut an: Mein selbst erarbeiteter und monatelang mit der CDU hart verhandelter **Antrag zum Anspruch auf übergesetzliche Lärmschutzmaßnahmen** an europäischen Schienen-Güterschwererkehrsstrassen wurde im Januar 1:1 EINSTIMMIG im Bundestag von allen vier Fraktionen beschlossen – eine riesige Unterstützung und Hoffnung für die gestressten Anwohner dieser besonders belasteten Schienenstrecken, von denen eine die Trasse Hamburg-Kopenhagen ist. Der Antrag stärkt die Stellung der Dialogforen und Projektbeiräte entlang der Strecken, ermöglicht Lärmschutz über dem eigentlichen gesetzlichen Niveau und hat die Gleichstellung von Ausbau- gegenüber Neubautrassen zum Ziel. Das ist ein Riesenerfolg für Ostholstein und Nordstormarn, FALLS die Fehmarnbeltquerung und ihre Hinterlandanbindung denn tatsächlich gebaut werden sollten!

Das prominente Thema „geplante **Fehmarnbeltquerung samt Hinterlandanbindung**“ hat zum Ende des Jahres noch einmal richtig „Fahrt aufgenommen“. Am **17. November** besichtigte ich als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses (RPA) mit mehr als 20 Experten, Prüfern und Verantwortlichen des Bundesrechnungshofs, der Deutschen Bahn und des Bundesverkehrsministeriums **die nachweislich vernachlässigte Fehmarnsundbrücke – unseren „Kleiderbügel“**. Der Ortstermin hat zu einer 180-Grad-Wende bei der Deutschen Bahn geführt! Bahnchef Dr. Rüdiger Grube hat persönlich im Ausschuss am 2. Dezember anhand überzeugender



schriftlicher Unterlagen erläutert, dass und wie die Bahn den Forderungen des Ausschusses vollumfänglich schon ab 2017 nachkommen und zusätzliche Millionenbeträge in den Erhalt der Brücke bis 2020 investieren wird, um die **Tragfähigkeit der Brücke bis mindestens 2035 zu garantieren**. Der konsequente Druck in mittlerweile fünf Sitzungen des RPA seit Juni 2016 zur Instandsetzung der Sundbrücke hat sich vollends gelohnt! Vorausgegangen war im **April 2016 ein sehr kritischer Bericht** des Bundesrechnungshofes zu massiven Instandhaltungsmängeln in Höhe von 21 Mio. Euro seit 2000 an der Sundbrücke. Schon am **19. Mai** kam auf meine Einladung hin der Projektleiter der DB für die Hinterlandanbindung, Bernd Homfeldt, zu einer öffentlichen Diskussion unter dem Titel „**SOS für die Sundbrücke**“ nach Bannesdorf auf Fehmarn, bei der über 80 interessierte Gäste ihre kritischen Fragen an den Bahn-Vertreter stellen konnten. Am 19. Oktober haben wir im Haushaltsausschuss beschlossen, dass die Hinterlandanbindung bei allen dafür geeigneten Streckenabschnitten jetzt mit einer Maximalgeschwindigkeit für Personenzüge von 200 Stundenkilometern anstatt laut Staatsvertrag nur mit 160 Stundenkilometern geplant werden kann. **Für die Ausbaustrecke soll geprüft werden, ob und wo die 200 km/h möglich sind – auf den 55 km Neubaustrecke ist diese Überprüfung schon erfolgt und** kann gemäß Ergebnis auf 200 km/h gebaut werden. Die Bahn erarbeitet nun neue Lösungsvorschläge, die im Dialogforum mit den Kommunen diskutiert werden müssen.

Am 2. und 3. November 2016 bin ich – dieses Mal mit einer Delegation des Verkehrsausschusses - erneut nach Kopenhagen gereist. Dort gab es bei **Treffen mit dem dänischen Verkehrsministerium, dem Verkehrsausschuss des Folketing sowie den Vorständen von Femern A/S und Scandlines** viel Gesprächsbedarf über die geplante Querung: Nachdem die 1. Runde im **deutschen Planfeststellungsverfahren** zeigte, dass Femern A/S nicht genehmigungsfähige Planunterlagen vorgelegt hatte, wurde jetzt das **Planänderungsverfahren gestartet**, zu dem es **über 12.000 Einwendungen** gab, die jetzt rechtssicher abgearbeitet werden müssen – deswegen hat Femern A/S auch höchstpersönlich einen erneuten Zeitverlust beim Belttunnel-Bau zu verantworten: eine mögliche Eröffnung des Tunnels hat sich von 2028 auf vermutlich frühestens 2030 verschoben. Diese Verzögerung wurde am 12. Dezember presseöffentlich vom (wieder einmal) neuen dänischen Verkehrsminister Ole Birk Olesen eingeräumt – ein Baustart vor 2020 ist damit quasi ausgeschlossen! Dadurch geraten auch die 589 Mio. Euro EU-Zuschüsse an Dänemark in Gefahr, da die EU-Förderperiode 2020 endet. Und auf Dänemark kommen Regresszahlungen an die Baukonsortien zu, deren Verträge bereits unterzeichnet sind und die danach 2019 spätestens den Bau starten sollen. Am Abend des 3. November haben mein Kollege, Verkehrsausschussvorsitzender und Bahn-Experte Martin Burkert, und ich im **IFA-Ferienzentrum in Burg auf Fehmarn** mit rund 80 Gästen öffentlich die sich aus dem in diesem Jahr neu aufgestellten Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP) ergebenden Herausforderungen und Perspektiven für Schleswig-Holstein und ganz besonders für Ostholstein diskutiert – darunter selbstverständlich die Fehmarnbeltquerung, die auch im Jahr 2017 eines der Top-Themen bleiben wird! Im März 2016 habe ich erneut meine traditionellen „Rathausgespräche“ in Reinfeld gestartet und quer durch Ostholstein fortgesetzt – **17 Rathausgespräche** waren es seitdem --- weitere werden folgen! Bei diesen Gesprächen tausche ich mich regelmäßig mit den Bürgermeistern, Amtsvorstehern, Stadt- und Gemeindevertretern über Themen wie Kita- und Krippenausbau, Sozialer Wohnungsbau, Flüchtlingsunterbringung und Integration, Tourismusentwicklung etc. aus – 2016 stellte ich fest: fast in jeder Kommune stand auf Wunsch der jeweiligen Kommune das Thema Hinterlandbindung und Beltquerung an – die Betroffenheit ist inzwischen überall mit Händen zu greifen. **Bereits am 24. Februar 2017 kommt Bahnchef Dr. Rüdiger Grube, auf meine Einladung nach Ostholstein.**



Ein sehr drängendes Thema gerade für unseren Gesundheitsstandort Ostholstein war in diesem Jahr die **Neuordnung der Pflegebranche**. Um im direkten Kontakt mit Bewohnern von Pflegeeinrichtungen, Patienten und Pflegekräften vor Ort den Alltag in der Pflege kennenzulernen und diese Eindrücke nachhaltig in meine politische Arbeit mitzunehmen, hospitiere ich seit Jahren regelmäßig in Krankenhäusern, Pflegeheimen oder ambulanten Pflegediensten. Bei meinem **bereits 10. Praktikum** seit 2004 habe ich am 8. Dezember die **Mobile Krankenpflege in Ratekau** für einen Tag begleitet. Endlich haben wir in dieser Legislaturperiode nach jahrelangen Diskussionen und schwarz-gelbem „Nichtstun“ längst überfällige Verbesserungen erzielen können: Die beschlossenen **Pflegestärkungsgesetze I, II und III** sorgen durch den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff dafür, dass Bedürftige und Angehörige besser und individueller unterstützt werden (2008 war Ulla Schmidt in der Großen Koalition damit noch am Widerstand der CDU/CSU gescheitert). Seit Januar 2016 liegt auch der Entwurf des **Pflegeberufegesetzes** vor, das in über 2 Jahren von den Ministerien in Bund und Ländern vorbereitet worden ist. Dadurch sollen die beruflichen Chancen der Beschäftigten in der Pflege verbessert, die Attraktivität des Berufsbildes angesichts des großen Fachkräftebedarfes gesteigert und die Pflegeausbildung endlich grundsätzlich bundesweit kostenlos angeboten werden. Ich hoffe, dass wir das Gesetz Anfang 2017 beschließen können – aktuell blockieren CDU/CSU diese überfällige Reform noch. Seit 2013 lade ich regelmäßig interessierte Fachleute aus meinem Wahlkreis zu **meinem „Runden Tisch Pflege“** ein, um mit Gesundheitsexperten und zuständigen Politikern zu diskutieren. In diesem Jahr fand der **bereits 5. Runde Tisch Pflege am 22. April** mit der **SPD-Sprecherin für Gesundheit im Bundestag, Hilde Mattheis**, in der August-Bier-Klinik in Bad Malente zum Thema **„Neuordnung der Pflegeberufe“** mit ca. 30 Experten aus Praxis und Wissenschaft statt. Weiter ging es mit Hilde Mattheis zur AMEOS Gruppe Neustadt, in die Sana Klinik Oldenburg und in die Asklepios Klinik in Bad Schwartau, in der dann unsere Veranstaltung mit dem Titel **„Stärkung der Pflegeberufe vorantreiben!“** gut besucht stattfand.

Am 1. Dezember konnten wir das größte behindertenpolitische Vorhaben der Wahlperiode beschließen: Das **Bundesteilhabegesetz** regelt die verbesserte Eingliederung von Menschen mit Behinderungen – in Ostholstein leben allein ca. 14.000 schwerbehinderte Menschen. Gemeinsam mit dem Diakonie-Vorstandssprecher und Landespastor **Heiko Naß** habe ich am **15. September im Berufsbildungswerks Bugenhagen in Timmendorfer Strand mit rund 25 Vertretern** zahlreicher Sozialverbände über den Gesetzentwurf diskutiert. Auf meine Einladung kamen dann 7 Vertreter der **Lebens(T)Räume Bad Schwartau am 7. November zur öffentlichen Anhörung** nach Berlin, um zu sehen, wie rund 300 Experten von Verbänden aus der Praxis und Wissenschaftlern mit Abgeordneten aller Parteien konstruktiv und ehrlich über das Gesetz sprechen und zahlreiche Verbesserungen am Gesetzentwurf vorgenommen haben: **Das ist lebendige Demokratie!** Den Dialog setze ich fort: Am **31. Januar 2017** kommt die zuständige Parlamentarische Staatssekretärin im Arbeitsministerium, **Gabriele Lösekrug-Möller**, auf meine Einladung hin zu einer öffentlichen Veranstaltung im Bugenhagen Berufsbildungswerk Timmendorfer Strand unter dem Motto „Nicht ohne uns über uns!“

Seit 2008 beschließt der Haushaltsausschuss jährlich **Denkmalschutz-Sonderprogramme**, bei denen ich mich immer wieder erfolgreich für die Förderung historischer Projekte einsetze. Insgesamt flossen allein nach Ostholstein über 2,2 Mio. Euro Bundesmittel u.a. in die KZ-Gedenkstätte Ahrensböck, die Ratekauer Feldsteinkirche, das Eutiner Schloss und den Oldenburger Wall. Im Juli konnte obendrein die Kirchengemeinde in Landkirchen auf Fehmarn dank einer Bundesförderung von 200.000 Euro – für



die ich am 6. Januar persönlich den Förderbescheid übergeben habe – die Einweihung ihres sanierten hölzernen Glockenturms feiern. Da ich seit fast 40 Jahren in Kasseedorf lebe, liegt mir natürlich der **Elisabeth-Turm auf dem Bungsberg** besonders am Herzen, der derzeit mit Unterstützung von Bund und Sparkassen-Stiftung saniert und ab Sommer 2017 dann nach fast 5 Jahrzehnten wieder begehbar sein wird. Nachdem ich am 22. Juni die Förderung über 160.000 Euro für die Turmsanierung auf dem Bungsberg im Haushaltsausschuss durchgesetzt hatte, wurde ein **Malwettbewerb in der Friedrich-Hiller-Grundschule in Schönwalde** ins Leben gerufen, bei dem die Schulkinder die bunten Turmfenster selbst farbig gestalten durften - am 13. Juli hat unsere „Jury“ unter Anleitung des Architekten Torsten Ewers mit den Kindern die Fenster ausgewählt, die jetzt auch tatsächlich dem Turm alte Schönheit zurückgeben sollen. Am 21. September bewilligte der Haushaltsausschuss außerdem 35.000 Euro für die Restaurierung des historischen **Orgelprospekts der Stadtkirche in Neustadt**. Ein echter „Pauenschlag“ folgte für die Sanierung der **St.-Jürgen-Kirche in Grube** am 10. November: nur 10 Tage nach meinem persönlichen Besuch in der voll besetzten Kirche – der mich schier überwältigt hat – beschloss der Haushaltsausschuss auf meine Initiative 440.000-Euro-Bundesförderung – jetzt kann die dringend notwendige Sanierung 2017 starten!

Weitere schleswig-holsteinische Projekte habe ich mit meinem CDU-Kollegen aus Lauenburg im Haushaltsausschuss, Norbert Brackmann, gemeinsam erfolgreich durchgesetzt: 15,6 Mio. Euro gehen vom Bund für den Umbau an das **Schloss Gottorf**. 2,5 Mio. Euro hat der Haushaltsausschuss für die Sanierung der **Lübecker Synagoge** bereitgestellt. Die **Bundespolizei** bekommt für **165 Mio. Euro drei neue Ersatzschiffe** (u.a. für Neustadt) – das sicherte ich bei meinem Besuch **mit Innenminister Stefan Staudt** am 16. September in Neustadt zu. Bei einem weiteren Gespräch mit den Gewerkschaftlern der Polizei (GdP), u.a. mit Dirk Stooß, am 18. November in Neustadt, waren wir dann schon einen Schritt weiter: jetzt braucht das Maritime Schulungszentrum der Bundespolizei in Neustadt in den nächsten Jahren 20 weitere Lehrkräfte, weitere sanierte Unterkünfte für die wachsende Zahl von Lehrgangsteilnehmern und einen Schiffssimulator für das Besatzungstraining. Zudem erhält der **Zoll drei neue Einsatzboote** für insgesamt 13,5 Mio. Euro. Massive Stellenaufwüchse bekommen die **Bundespolizei** (insgesamt **7.000 neue Stellen** bis 2020) und das **THW**, das bis 2015 mit 800 Hauptamtlichen ca. 80.000 Ehrenamtler unterstützt hat. Für 2016 bewilligte der Haushaltsausschuss bereits 208 neue Stellen, für 2017 kommen jetzt über 150 neue Kräfte erneut dazu. Der überwiegende Teil – 144 Stellen – ist für die **direkte Betreuung der Ortsvereine des THW**, um dort engagierte und gut ausgebildete Ehrenamtler zu entlasten. Bei der **Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV)** gibt es seit **2014 insgesamt 232 neue Stellen – davon sind 173 Stellen nur durch die Haushälter** geschaffen worden. Von diesen gehen allein **30 Stellen zum Nord-Ostsee-Kanal (NOK)**, um den Bau und die Planungen für u.a. die Oststrecke, das Trockendock in Brunsbüttel und die Schleusen in Kiel-Holtenau voranzutreiben! Der mit dem BVWP 2030 beschlossene Ausbau des **Elbe-Lübeck-Kanals** soll nach Ausbauende deutlich mehr Verkehr von der Straße auf die umweltfreundlichere Wasserstraße verlagern: 10 Mio. Euro stehen jetzt für die Planung mit 20 (neuen!) Ingenieursstellen für den Elbe-Lübeck-Kanal bereit.

Das Jahr 2016 hatte für mich mit zwei großartigen Empfängen nachträglich zu meinem 60. Geburtstag begonnen – in Berlin am 13. Januar kamen nicht nur Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Umweltministerin Barbara Hendricks, Verkehrsminister Dobrindt und ca. 100 Kollegen aus allen vier Fraktionen zur Geburtstagsfeier, sondern im Februar in Eutin neben unserer Integrationsbeauftragten Aydan



Özoguz und Ministerpräsident Torsten Albig auch weitere 350 Gäste aus Vereinen, Verbänden und Institutionen sowie viele langjährige Wegbegleiter. Besonders stolz war ich über die Spendenbereitschaft meiner vielen Gäste – einen Scheck **in Höhe von 3.500 Euro** konnte ich Anfang März an den **Kinderschutzbund Ostholstein** überreichen! Ein weiteres „Highlight“ war am 12. Juli mein **bereits 4. „Ladies Day Ostholstein“ mit mehr als 100 engagierten Power-Frauen aus Vereinen, Verbänden, Wirtschaft, Medien und Politik** – dieses Mal wieder im Hansa Park in Sierksdorf, wo „Chefin“ Claudia Leicht eine tolle Gastgeberin war. Und natürlich war es ein persönliches „Highlight“ für mich, Anfang November zum 5. Mal als SPD-Bundestagskandidatin von meiner Partei nominiert worden zu sein – bei drei Enthaltungen zum ersten Mal tatsächlich einstimmig!

Und so schließt sich der Kreis zum Ausblick auf das Mega-Wahljahr 2017: Meine auf manchen „düster“ wirkenden Gedanken zu Beginn dieses Rückblicks sind aus meiner Sicht leider realistisch – aber auf keinen Fall hoffnungslos. Meine feste Überzeugung ist allerdings: es geht 2017 für Europa und für unsere Demokratie „um die Wurst“ – wer besorgt die Zeichen der Zeit erkennt, der sollte weder den Populisten mit den vermeintlich einfachen Lösungen kritiklos hinterherlaufen, noch sich teilnahmslos ausschließlich auf sich selbst zurückziehen. Die Demokratie lebt nun einmal vom aktiven Bürger und ist kein Konsumprodukt. Die Politik darf sich den Populisten auf keinen Fall – wie die CSU – anbiedern, sondern muss ihnen die Stirn bieten und aufklären.

Wir starten das Jahr 2017 am 12. Februar mit meiner 5. Bundespräsidenten-Wahl: Mit Frank-Walter Steinmeier verlieren wir zwar einen der anerkanntesten und erfahrensten Außenminister der Welt – aber wir gewinnen einen Bundespräsidenten, der ein würdiger Nachfolger von Joachim Gauck werden und bei aller Besonnenheit mit klaren Worten in schwieriger Zeit Orientierung geben wird. In Frankreich wird, wahrscheinlich am 23. April, ein neuer Präsident oder eine neue Präsidentin gewählt – wir werden gespannt verfolgen, ob das französische Volk Marine Le Pen, hoffentlich mit einer großen Mehrheit, verhindern wird. Die deutsch-französische Freundschaft ist seit Jahrzehnten der Stabilitätsanker Europas, aber diese Verlässlichkeit und Kooperation zur Stabilität Europas gerät in Gefahr, sollte Le Pen gewinnen. Im Mai folgen zwei bedeutende Landtagswahlen: Am 7. Mai geht es bei uns in Schleswig-Holstein um die Frage, ob Torsten Albig seine erfolgreiche Regierung aus SPD, Grünen und SSW die nächsten 5 Jahre fortsetzen kann. Persönlich hoffe ich, dass ich im Mai wie schon 2012 einen Koalitionsvertrag unter seiner Führung mit aushandeln kann. Am 14. Mai folgt die Wahl in dem bevölkerungsstärksten Bundesland NRW, in dem die SPD-Landeschefin Hannelore Kraft für eine Fortführung ihrer guten Arbeit antritt. Diese Wahlen werden Vorboten sein für die Bundestagswahl, die im September stattfindet. Bei all diesen Wahlen wird sich zeigen, ob die demokratische Mitte in Deutschland stark ist und sich nicht – auch nicht bei möglichen weiteren Terroranschlägen – irritieren und verunsichern lässt. Ich hoffe sehr darauf und wünsche Ihnen und Euch in diesem Sinne besinnliche und vor allem friedliche Feiertage im Kreise der Liebsten. Kommen Sie gut in das neue Jahr 2017.

Herzlichst Ihre und Eure